

# MONITOR

## WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

# Gestiegenes Interesse an Europa

## Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen zu europapolitischen Einstellungen nach der Europawahl

*Sabine Pokorny*

- › Generell bilden die Anhängerschaften der Grünen und der AfD entgegengesetzte Pole. Während die Anhängerschaft der Grünen durchgängig die höchsten Zustimmungswerte zur EU aufweist, ist die Anhängerschaft der AfD von einer tiefen Skepsis geprägt.
- › Das Vertrauen in die Europäische Union ist im Vergleich mit anderen Institutionen mittel ausgeprägt, hat zwischen Dezember 2023 und Juni 2024 aber zugenommen. Am häufigsten vertrauen die Wählerinnen und Wähler der Grünen der EU, am seltensten die von BSW und AfD.
- › Etwa die Hälfte der Deutschen verbindet die EU mit Frieden und Sicherheit. In den Wählerschaften von BSW und AfD bringt nur eine Minderheit die EU mit Frieden und Sicherheit in Verbindung.
- › Die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU wird als wichtig angesehen. Ein Austritt ist nur für eine kleine Minderheit eine Option.
- › Das Wählen als Bürgerpflicht, das Interesse am Wahlausgang und am Wahlkampf, ein wahlfreundliches Umfeld sowie das Wissen über die Ziele der Parteien sind verbreiteter als noch bei der Europawahl 2014.
- › Die Wahlentscheidung zur Europawahl 2024 wird durch ähnliche Faktoren geprägt wie die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2021. Besonders wichtig für die Wahlentscheidung sind die inhaltlichen Positionen der Parteien sowie ihre wahrgenommene Problemlösungskompetenz.
- › Für die Wählerinnen und Wähler der AfD sind die inhaltlichen Positionen und die Problemlösungskompetenz bei der Wahlentscheidung wichtiger geworden seit der Bundestagswahl 2021. Für die Wählerschaften der Grünen und der SPD hat die Problemlösungskompetenz an Bedeutung verloren.

## **Inhaltsverzeichnis**

---

<b>Europawahl als Zwischenwahl .....</b>	<b>3</b>
<b>Die Studien .....</b>	<b>3</b>
<b>Faktoren der Wahlentscheidung bei der Europawahl .....</b>	<b>5</b>
<b>Einstellungen zur Europäischen Union und zur Europawahl .....</b>	<b>11</b>
<b>Vertrauen in die Europäische Union.....</b>	<b>22</b>
<b>Zusammenfassung.....</b>	<b>33</b>
<b>Literatur .....</b>	<b>35</b>
<b>Impressum .....</b>	<b>37</b>

## Europawahl als Zwischenwahl

Die Europawahl war der Beginn eines Trends, den die Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und in Brandenburg fortgeschrieben haben: „Verluste der Ampelparteien bei anhaltend hoher Unzufriedenheit mit der Bundesregierung, Stärkung der politischen Ränder und weitgehende Stagnation bei der CDU“ (Neu/Pokorny 2024: 5). Die SPD konnte in Brandenburg aufgrund der Polarisierung zwischen AfD und SPD als einzige Ampelpartei hinzugewinnen. In allen drei Landtagswahlen hat die in diesen Bundesländern ohnehin schon starke AfD noch einmal zugelegt. In Thüringen wurde die AfD stärkste Kraft. Das erst im Januar 2024 gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) konnte nach einem einstimmigen Europawahlergebnis zweistellig in alle drei Landtage einziehen. Sowohl das BSW als auch die AfD zeigen sich deutlich kritischer gegenüber der EU als die anderen Parteien.

Daher überrascht es nicht, dass die Europawahlen an Bedeutung gewonnen haben. Lange Zeit waren Europawahlen Nebenwahlen, sogenannte *Second-Order-Elections*. 2014 konnte man sogar noch von „*Fourth-Order-Elections*“ sprechen (Neu/Pokorny 2014: 30). Seit der Europawahl 2019 gilt das jedoch nicht mehr. Inzwischen „gleich[e] [Europawahlen] eher nationalen Zwischenwahlen“ (Neu/Roose 2024: 3).

Die vorliegende Analyse untersucht die europaspezifischen Aspekte der Europawahl. Wie stehen die Menschen zur Europäischen Union? Wie unterscheiden sich europapolitische Einstellungen zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen den Anhängerschaften der verschiedenen Parteien? Und wie haben sich diese Einstellungen über die Zeit verändert? Darüber hinaus geht die Studie der Frage nach, welche Faktoren die Wahlentscheidung bei der Europawahl geprägt haben und welche Ähnlichkeiten oder Unterschiede es zur letzten Bundestagswahl 2021 gibt. Macht sich auch bei den Faktoren der Wahlentscheidung die Entwicklung zur Zwischenwahl bemerkbar?

Um diese Fragen zu beantworten, wurde direkt im Anschluss an die Europawahl 2024 eine Umfrage durchgeführt (Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.). Für einen Teil der Einstellungen liegen weitere Messzeitpunkte vor, da diese Einstellungen schon in früheren Umfragen erhoben wurden. Die Anzahl der Messzeitpunkte und damit die Länge der jeweiligen Zeitreihe variieren je nach Einstellung, da nicht in jeder Umfrage alle Einstellungen abgefragt wurden. Für die Wählerinnen und Wähler des BSW gibt es noch keine Vergleichszahlen, da die früheren Umfragen vor der Gründung der Partei durchgeführt wurden (für weiterführende Analysen der BSW-Wählerschaft s. Roose 2024d).

## Die Studien<sup>1</sup>

Bei den Umfragen 1039, 1040, 1041 und 1053 handelt es sich um CATI-Mehrthemen-Befragungen (sogenannte BUS-Einschaltungen), die von Verian (vormals Kantar Public) durchgeführt wurden. Die Interviews wurden telefonisch über Festnetz und Mobilfunk (80/20) geführt. Alle vier Erhebungen beruhen auf einem disproportionalen Stichprobenansatz. Um ausreichend Fälle in Ostdeutschland für tiefergehende Analysen sicherzustellen, gehen überproportional viele Ostdeutsche in die Stichprobe ein. Für die Analysen wurden die Stichproben gewichtet, um die Überrepräsentation Ostdeutschlands auszugleichen. Die Umfragen sind repräsentativ für die deutschsprachige wahlberechtigte Wohnbevölkerung in Privathaushalten ab 18 Jahren. Bei der Europawahl

sind in Deutschland auch Menschen mit der Staatsangehörigkeit eines anderen EU-Mitgliedslandes und Personen im Alter von 16 und 17 Jahren wahlberechtigt. Diese Personen sind in der vorliegenden Analyse nicht berücksichtigt, weil die Umfrage Teil einer regelmäßig laufenden Befragung ist, in der die genannten Personengruppen nicht enthalten sind.

Ergänzt werden die Mehrthemen-Befragungen durch Befunde aus einer früheren Umfrage von 2018 (Umfrage 1001). Dabei handelt es sich ebenfalls um eine telefonische Befragung, die repräsentativ ist für die deutsche wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren. Auch hier wurden die Interviews über Festnetz und Mobilfunk (80/20) geführt (für Details zur Umfragemethode s. Pokorny 2020b). In der nachfolgenden Tabelle sind für alle Umfragen der Befragungszeitraum sowie die Fallzahlen dargestellt.

Umfrage- nummer	Befragungszeit	Interviews gesamt	Interviews Ost	Interviews West
1001	26.09.-17.12.2018	5.585	1.134	4.451
1039	30.11.-14.12.2022	1.531	613	918
1040	01.06.-20.06.2023	1.524	601	923
1041	28.11.-07.12.2023	1.542	620	922
1053	11.06.-03.07.2024	1.511	604	907

Aufgrund der zu geringen Fallzahlen der Wählerinnen und Wähler der Linken<sup>2</sup> und der FDP<sup>3</sup> in den Umfragen ab 2022 werden die Ergebnisse für diese beiden Wählergruppen nicht ausgewiesen. Eventuelle Veränderungen zwischen den Erhebungszeitpunkten können den größeren Messunsicherheiten aufgrund der geringen Fallzahl geschuldet sein.

Beim Institutionenvertrauen und den Assoziationen mit der EU werden die Wählerschaften anhand der sogenannten Sonntagsfrage gebildet. Es handelt sich also um Personen, die angeben, die jeweilige Partei wählen zu wollen.

Bei den spezifischen Aussagen zur Europawahl und den Faktoren der Wahlentscheidung werden die Wählerschaften hingegen anhand des rückerinnerten Wahlverhaltens bei der Europawahl gebildet, dem sogenannten Recall. Die Fragen nach den Faktoren der Wahlentscheidung bekamen nur Personen gestellt, die nach eigener Angabe an der Europawahl teilgenommen hatten. Die Aussagen zur Europawahl beantworteten zwar alle Befragten, inhaltlich bietet es sich aber an, nicht die aktuelle Wahlabsicht, sondern das berichtete tatsächliche Wahlverhalten für die Analyse zu nutzen. Da unmittelbar nach der Europawahl mit der Befragung begonnen wurde, ist zu vermuten, dass die Rück Erinnerung recht präzise ist.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die Übereinstimmung zwischen der Sonntagsfrage und dem berichteten Wahlverhalten bei der Europawahl bei den Wählerinnen und Wählern der

AfD höher ist als in allen anderen Gruppen. 89 Prozent derjenigen, die bei der Sonntagsfrage die AfD nennen, geben an, bei der Europawahl ihre Stimme der AfD gegeben zu haben.

## Faktoren der Wahlentscheidung bei der Europawahl

Ein großer Teil der Faktoren der Wahlentscheidung wurde auch im Nachgang der Bundestagswahl 2021 erhoben (Pokorny 2022). Im Vergleich zeigen sich nur geringe Unterschiede. Das ist ein weiterer Hinweis darauf, dass es sich bei den Europawahlen nicht mehr um *Second-* (oder *Fourth-*) *Order-Elections*, sondern um eine Zwischenwahl handelt. Die Europawahlen haben an Bedeutung gewonnen, weshalb auch die Wahlentscheidung durch ähnliche Faktoren geprägt wird.

Am wichtigsten sind die inhaltlichen Positionen bei der Wahlentscheidung für eine Partei (s. Abbildung 1). 81 Prozent der Wählerinnen und Wähler geben an, die inhaltlichen Positionen der Partei seien ganz oder eher wichtig gewesen für ihre Wahlentscheidung. Bei der Bundestagswahl 2021 nannten mit 86 Prozent nur unwesentlich mehr die inhaltlichen Positionen (Pokorny 2022: 7 ff.).

Auf Platz zwei folgt die grundsätzliche Haltung der Partei zur europäischen Einigung. 78 Prozent der Wählerinnen und Wähler sagen, die grundsätzliche Haltung zur EU sei für ihre Wahlentscheidung ganz wichtig oder eher wichtig gewesen. Dieser Aspekt wurde bei der Bundestagswahl nicht erhoben, sondern betont den unterschiedlichen Fokus der Europawahl im Vergleich zur Bundestagswahl.

Auch die Problemlösungskompetenz einer Partei ist für die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler wichtig. Für 73 Prozent war die Fähigkeit der Partei, zukünftige Probleme zu lösen, ganz oder eher wichtig bei ihrer Wahlentscheidung. Dieser Anteil ist niedriger als bei der Bundestagswahl. Bei der Bundestagswahl 2021 war die Problemlösungskompetenz für 83 Prozent ganz oder eher wichtig bei der Entscheidung für eine Partei (Pokorny 2022: 7 ff.).

Das Bauchgefühl der Wählerinnen und Wähler spielt eine geringere Rolle als die Inhalte und die Problemlösung, ist aber auch für eine Mehrheit (ganz oder eher) wichtig. 62 Prozent sagen, das Bauchgefühl sei bei ihrer Wahlentscheidung ganz oder eher wichtig gewesen. Nach der Bundestagswahl 2021 lag dieser Anteil mit 65 Prozent ähnlich hoch (Pokorny 2022: 7 ff.).

Die Nähe zur Partei war ebenfalls für eine knappe Mehrheit von 55 Prozent ganz oder eher wichtig bei der Entscheidung für oder gegen eine Partei. Bei der letzten Bundestagswahl war der Anteil leicht höher. Damals nannten 61 Prozent die Nähe zur Partei als wichtig für die Wahlentscheidung.

Wie schon bei der Bundestagswahl spielen die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der Parteien auch bei der Europawahl die geringste Rolle bei der Wahlentscheidung (für nähere Ausführungen zu einem vermeintlichen Widerspruch zu einer zunehmenden Personalisierung s. Pokorny 2022: 7). Allerdings ist die Bedeutung der Kandidatinnen und Kandidaten bei der Europawahl noch einmal deutlich niedriger als bei der Bundestagswahl. Zumal bei der Europawahl zwar Spitzenkandidatinnen und -kandidaten nominiert wurden, diese jedoch in den Wahlkampagnen mehr oder weniger beworben wurden. Das BSW setzte auf die Popularität der Parteigründerin, die jedoch nicht zur Wahl stand. Bei anderen Parteien – CDU und SPD – wurden (neben den Spitzenkandidatinnen und -kandidaten) auch Bundespolitiker plakatiert.

Bei der Europawahl geben 34 Prozent an, die Spitzenkandidatin oder der Spitzenkandidat seien ganz oder eher wichtig gewesen für die Entscheidung, welche Partei man wählt. Bei der Bundestagswahl sagten das 51 Prozent (Pokorny 2022: 7 ff.). Dieser Unterschied kann kaum überraschen, wenn man bedenkt, dass die Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl eine geringere mediale Präsenz besitzen als die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten zur Bundestagswahl. Bei der Bundestagswahl zeigte sich eine unterschiedlich starke Bedeutung der Kandidatinnen und Kandidaten für die jeweilige Parteianhängerschaft. Vor allem Olaf Scholz und Christian Lindner wurden als Grund für die Wahlentscheidung der SPD bzw. der FDP genannt.

**Abbildung 1: Faktoren der Wahlentscheidung**

		ganz wichtig	eher wichtig	teils-teils	eher unwichtig	ganz unwichtig	
die inhaltlichen Positionen der Partei	81	41	40	13	5	1	6
die grundsätzliche Haltung der Partei zur europäischen Einigung	78	41	37	13	5	1	6
die Fähigkeit der Partei, zukünftige Probleme zu lösen	73	33	40	20	5	1	6
Ihr Bauchgefühl	62	33	29	16	12	8	20
die Nähe zur Partei	55	20	35	20	15	7	22
der Spitzenkandidat/die Spitzenkandidatin der Partei	34	16	18	15	29	20	49

Quelle: Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Wie wichtig war/en ... bei Ihrer Entscheidung für [diese Partei]?“

Die inhaltlichen Positionen einer Partei waren nicht für alle Gruppen gleich wichtig (s. Abbildung 2). Für Ostdeutsche waren die inhaltlichen Positionen wichtiger bei ihrer Wahlentscheidung als für Westdeutsche (86:79 Prozent).

Bei den Wählergruppen (gemessen anhand des Recalls) meinen am häufigsten die Wählerinnen und Wähler der Grünen (92 Prozent), des BSW (91 Prozent) und der AfD (90 Prozent), die inhaltlichen Positionen dieser Parteien seien für ihre Wahlentscheidung ganz wichtig oder eher wichtig gewesen. In der Wählerschaft der AfD ist dieser Anteil höher als noch zur Bundestagswahl 2021. Damals gaben 77 Prozent der AfD-Wählerschaft an, die inhaltlichen Positionen der AfD seien bei der Entscheidung für die Partei ganz oder eher wichtig gewesen (Pokorny 2022: 8 ff.).

Unter den Wählerinnen und Wählern der SPD sagen 78 Prozent, die inhaltlichen Positionen seien ihnen wichtig gewesen. Die geringste Bedeutung messen die Wählerinnen und Wähler der Union den inhaltlichen Positionen zu. Für 69 Prozent der Unionswählerschaft war die inhaltliche Positionierung der Partei ganz oder eher wichtig. Bei der Bundestagswahl 2021 entschieden sich noch 79 Prozent der Unionswählerinnen und -wähler anhand der inhaltlichen Positionen (Pokorny 2022: 8 ff.).

**Abbildung 2: Faktoren der Wahlentscheidung: Die inhaltliche Position der Partei**

		ganz wichtig	eher wichtig	teils-teils	eher unwichtig	ganz unwichtig	
Total	81	41	40	13	5	1	6
West	79	40	39	14	5	1	6
Ost	86	42	44	9	2	1	3
CDU/CSU	69	25	44	25	5	1	6
SPD	78	34	44	16	6	1	7
Die Grünen	92		54	38	5	2	3
AfD	90		54	36	7	4	4
Bündnis Sahra Wagenknecht/BSW	91		57	34	7	1	1

Quelle: Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Wie wichtig war/en ... bei Ihrer Entscheidung für [diese Partei]?“

Die grundsätzliche Haltung der Partei zur europäischen Einigung war für Ost- und Westdeutsche ähnlich wichtig bei ihrer Wahlentscheidung (s. Abbildung 3). Größere Unterschiede gibt es dagegen zwischen den Wählergruppen. Die Wählerschaft der Grünen legte mit 91 Prozent den größten Wert auf die grundsätzliche Haltung ihrer Partei zur europäischen Einigung. Ebenfalls eine hohe Bedeutung besaß diese grundsätzliche Haltung für die Wählerschaften der SPD (82 Prozent), des BSW (78 Prozent) und der Union (75 Prozent). Am wenigsten Bedeutung messen die Wählerinnen und Wähler der AfD der grundsätzlichen Haltung zur EU bei (69 Prozent).

**Abbildung 3: Faktoren der Wahlentscheidung: Die grundsätzliche Haltung der Partei zur europäischen Einigung**

		ganz wichtig	eher wichtig	teils-teils	eher unwichtig	ganz unwichtig	
Total	78	41	37	13	5	1	6
West	77	41	36	13	6	1	7
Ost	79	39	40	11	5	2	7
CDU/CSU	75	30	45	16	7	1	8
SPD	82	43	39	11	5	1	6
Die Grünen	91		53	38	5	1	1
AfD	69	40	29	26	3	1	4
Bündnis Sahra Wagenknecht/BSW	78	27	51	10	4	1	7

Quelle: Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Wie wichtig war/en ... bei Ihrer Entscheidung für [diese Partei]?“

Die Problemlösungsfähigkeit der Partei war Ost- und Westdeutschen ähnlich wichtig bei ihrer Wahlentscheidung (s. Abbildung 4). Für 75 Prozent der Ost- und 73 Prozent der Westdeutschen war die Fähigkeit der Partei, zukünftige Probleme zu lösen, ganz oder eher wichtig bei der Entscheidung für diese Partei.

Unter den Wählergruppen war die Problemlösungsfähigkeit besonders wichtig für die Wählerschaften der AfD (81 Prozent) und der Grünen (79 Prozent). In beiden Gruppen hat sich die Bedeutung der Problemlösungskompetenz im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 aber unterschiedlich entwickelt. Während die Fähigkeit, Probleme zu lösen, für die Grünen-Wählerschaft seit 2021 (92 Prozent) an Bedeutung verloren hat, ist sie für die Wählerinnen und Wähler der AfD wichtiger geworden als 2021 (71 Prozent; Pokorny 2022: 8 ff.).

In der Unionswählerschaft ist die Bedeutung der Problemlösung ganz leicht gesunken von 80 Prozent bei der Bundestagswahl 2021 (Pokorny 2022: 8 ff.) auf 75 Prozent bei der Europawahl 2024. Für die Wählerinnen und Wähler des BSW ist die Fähigkeit des BSW, zukünftige Probleme zu lösen, ähnlich wichtig (73 Prozent) wie für die Unionswählerschaft. Für die Wahlentscheidung der SPD-Wählerschaft spielt die Problemlösungsfähigkeit eine geringere Rolle. Für 66 Prozent der Wählerinnen und Wähler der SPD ist die Fähigkeit, Probleme zu lösen, ganz oder eher wichtig. Bei der Bundestagswahl 2021 lag dieser Anteil mit 87 Prozent (Pokorny 2022: 8 ff.) noch deutlich höher.

**Abbildung 4: Faktoren der Wahlentscheidung: Die Fähigkeit der Partei, zukünftige Probleme zu lösen.**

		ganz wichtig	eher wichtig	teils-teils	eher unwichtig	ganz unwichtig	
Total	73	33	40	20	5	1	6
West	73	32	41	20	5	1	6
Ost	75	38	37	17	5	1	6
CDU/CSU	75	27	48	21	4		4
SPD	66	25	41	28	5		5
Die Grünen	79	37	42	17	1	3	1
AfD	81	55	26	13	2	3	3
Bündnis Sahra Wagenknecht/BSW	73	39	34	19	4	4	4

Quelle: Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Wie wichtig war/en ... bei Ihrer Entscheidung für [diese Partei]?“

Auch beim Bauchgefühl unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche nicht voneinander (s. Abbildung 5). 64 Prozent der Ost- und 62 Prozent der Westdeutschen sagen, das Bauchgefühl sei bei ihrer Wahlentscheidung ganz wichtig oder eher wichtig gewesen.

Für die Wählerinnen und Wähler des BSW war das Bauchgefühl mit Abstand am wichtigsten bei der Entscheidung, das BSW zu wählen. 82 Prozent der BSW-Wählerschaft sagen, das Bauchgefühl sei bei ihrer Wahlentscheidung ganz oder eher wichtig gewesen.



Mit großem Abstand folgen die Wählerschaften der AfD (65 Prozent), der Grünen (64 Prozent) und der SPD (64 Prozent). Noch weniger Bedeutung besaß das Bauchgefühl für die Wählerinnen und Wähler der Union (54 Prozent). In allen Wählerschaften gibt es nur geringe Veränderung von 4 bis 6 Punkten im Vergleich zur Bundestagswahl 2021.

**Abbildung 5: Faktoren der Wahlentscheidung: Ihr Bauchgefühl**

		ganz wichtig	eher wichtig	teils-teils	eher unwichtig	ganz unwichtig	
Total	62	33	29	16	12	8	20
West	62	33	29	17	12	9	21
Ost	64	36	28	15	11	8	19
CDU/CSU	54	27	27	20	14	11	25
SPD	64	37	27	18	8	8	16
Die Grünen	64	27	37	17	14	5	19
AfD	65	45	20	11	8	13	21
Bündnis Sahra Wagenknecht/BSW	82	44	38	11	3	4	7

Quelle: Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Wie wichtig war/en ... bei Ihrer Entscheidung für [diese Partei]?“

Die Nähe zur Partei war für Ostdeutsche bei ihrer Wahlentscheidung wichtiger als für Westdeutsche (62:53 Prozent; s. Abbildung 6). Das ist eher überraschend, da die langfristige Parteibindung in Ostdeutschland geringer ausgeprägt ist als in Westdeutschland (Pokorny 2020a: 154).

Die Unterschiede zwischen den Wählergruppen sind eher moderat und es zeigen sich keine nennenswerten Veränderungen über die Zeit. Den Wählerinnen und Wählern der SPD (66 Prozent) und der Union (62 Prozent) war die Nähe zur Partei etwas wichtiger bei der Wahlentscheidung als den Wählerschaften der Grünen (59 Prozent) und der AfD (53 Prozent). Die geringste Rolle spielte die Nähe zur Partei für die Wählerinnen und Wähler des BSW (45 Prozent). Da es sich beim BSW um eine sehr junge Partei handelt, ist das nicht überraschend.

**Abbildung 6: Faktoren der Wahlentscheidung: Die Nähe zur Partei**

		ganz wichtig	eher wichtig	teils-teils	eher unwichtig	ganz unwichtig	
Total	55	20	35	20	15	7	22
West	53	19	34	21	15	7	22
Ost	62	24	38	16	14	7	21
CDU/CSU	62	19	43	16	14	6	20
SPD	66	29	37	19	10	1	11
Die Grünen	59	22	37	20	11	7	18
AfD	53	27	26	19	17	3	20
Bündnis Sahra Wagenknecht/BSW	45	22	23	28	16	9	25

Quelle: Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Wie wichtig war/en ... bei Ihrer Entscheidung für [diese Partei]?“

Im Vergleich mit den anderen Faktoren der Wahlentscheidung, aber auch im Vergleich mit der Bundestagswahl sind die Kandidatinnen und Kandidaten bei der Europawahl weniger wichtig für die Wahl einer Partei. Das unterscheidet sich auch nicht zwischen Ost- und Westdeutschland (s. Abbildung 7), sehr wohl aber zwischen den Wählerschaften. Die geringste Relevanz besitzen die Kandidatin oder der Kandidat für die Wählerinnen und Wähler der Grünen. Nur 15 Prozent sagen, das Spitzenpersonal sei für ihre Wahlentscheidung ganz oder eher wichtig gewesen. Etwa im Durchschnitt aller Wählerinnen und Wähler liegen die Wählerschaften der AfD (36 Prozent) und der Union (39 Prozent). Etwas wichtiger waren die Personen für die SPD-Wählerschaft (44 Prozent). Die mit Abstand meiste Bedeutung hatte die Spitzenkandidatin für die Wählerschaft des BSW. 67 Prozent der Wählerinnen und Wähler des BSW sagen, für ihre Wahlentscheidung sei die Spitzenkandidatin ganz oder eher wichtig gewesen. Das BSW ist damit die einzige Partei, für deren Wahl die Spitzenkandidatin nach Aussage ihrer Wählerschaft wichtiger ist als die Nähe zur Partei. Dabei ist zu vermuten, dass Sarah Wagenknecht als Spitzenkandidatin wahrgenommen wurde, da sie – wie auch bei den folgenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg – das Gesicht der Kampagne war.

**Abbildung 7: Faktoren der Wahlentscheidung: Der Spitzenkandidat/Die Spitzenkandidatin der Partei**

		ganz wichtig	eher wichtig	teils-teils	eher unwichtig	ganz unwichtig	
Total	34	16	18	15	29	20	49
West	34	17	17	14	28	22	50
Ost	34	14	20	19	32	14	46
CDU/CSU	39	13	26	17	30	14	44
SPD	44	20	24	18	26	12	38
Die Grünen	15	6	9	13	36	37	73
AfD	36	20	16	17	26	20	46
Bündnis Sahra Wagenknecht/BSW	67		37		30	11	16
						3	3

Quelle: Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.  
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.  
 Frage: „Wie wichtig war/en ... bei Ihrer Entscheidung für [diese Partei]?“

## Einstellungen zur Europäischen Union und zur Europawahl

Generell zeigt sich eine positive Wahrnehmung der EU. Die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU wird als wichtig angesehen. Ein Austritt Deutschlands ist nur für eine kleine Minderheit eine Option. Gleichzeitig äußert eine große Gruppe Schwierigkeiten, die Geschehnisse auf der europäischen Ebene zu verstehen.

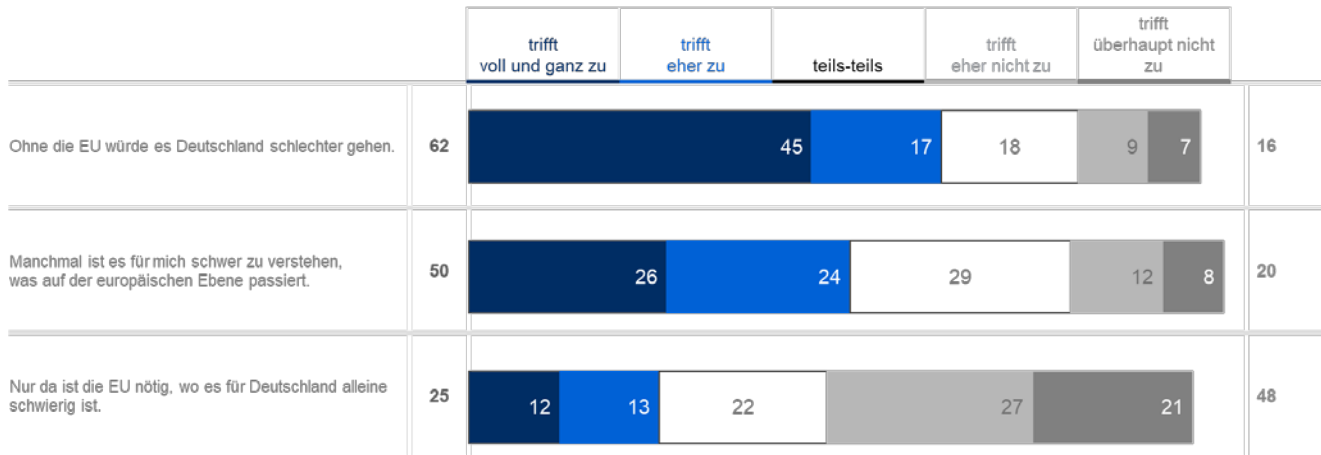
Zwei der Einstellungen wurden schon in einer früheren Umfrage nach der Europawahl 2014 erhoben (Neu/Pokorny 2014), sodass ein Vergleich mit der damaligen Verteilung vorgenommen werden kann. Im Folgenden werden die Wählerschaften erneut nicht anhand der Sonntagsfrage, sondern anhand der Recallfrage gebildet, also dem rückerinnerten Wahlverhalten bei der Europawahl.

Die höchste Zustimmung erhält die Aussage „Ohne die EU würde es Deutschland schlechter gehen“ (s. Abbildung 8). 62 Prozent der Deutschen geben an, dass diese Aussage voll und ganz oder eher zutrifft. Im Vergleich zu 2014 ist dieser Anteil deutlich gestiegen. Damals stimmten nur 41 Prozent zu, dass es Deutschland ohne die EU schlechter gehen würde (Neu/Pokorny 2014: 42; nicht grafisch dargestellt). Innerhalb von zehn Jahren ist die Zustimmung, dass Deutschland von der EU profitiert, um 21 Punkte gestiegen.

Die Haltung, dass die EU nur da nötig sei, wo es für Deutschland alleine schwierig sei, vertritt dagegen nur eine Minderheit. Lediglich 25 Prozent stimmen hier zu.

Gleichzeitig äußert aber die Hälfte der Deutschen Probleme zu verstehen, was auf der europäischen Ebene passiert. Im Vergleich zu 2014 ist der Anteil konstant geblieben. Damals gaben 53 Prozent Verständnisprobleme an (Neu/Pokorny 2014: 42; nicht grafisch dargestellt).

**Abbildung 8: Einstellungen zur EU**



Quelle: Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen zur Politik. Bitte sagen Sie mir für jede Aussage, ob Sie Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zutrifft.“

Die Zustimmung zur Aussage „Ohne die EU würde es Deutschland schlechter gehen“ unterscheidet sich deutlich zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen den Wählerschaften (gemessen anhand der Recallfrage) der verschiedenen Parteien (s. Abbildung 9). Westdeutsche meinen häufiger als Ostdeutsche (63:54 Prozent), Deutschland ginge es ohne die EU schlechter. In den einzelnen Wählerschaften halten die Wählerinnen und Wähler der Grünen diese Aussage mit Abstand am häufigsten für zutreffend (92 Prozent). Auch in der SPD-Wählerschaft (72 Prozent) und der Wählerschaft der Union (66 Prozent) fällt die Zustimmung hoch aus. Deutlich seltener meinen die Wählerinnen und Wähler von BSW und AfD, dass es Deutschland ohne die EU schlechter gehen würde. 41 Prozent der Wählerinnen und Wähler des BSW und lediglich 29 Prozent der AfD-Wählerschaft vertreten diese Ansicht. Von den Wählerinnen und Wählern der AfD meint dagegen knapp die Hälfte, dass es Deutschland ohne die EU nicht schlechter ginge.

**Abbildung 9: Einstellungen zur EU: Ohne die EU würde es Deutschland schlechter gehen.**

		trifft voll und ganz zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft überhaupt nicht zu	
Total	62	45	17	18	9	7	16
West	63	46	17	17	9	7	16
Ost	54	38	16	23	12	9	21
CDU/CSU	66	47	19	24	4	4	8
SPD	72	59	13	13	6	5	11
Die Grünen	92	70	22	5	3	1	4
AfD	29	9	20	21	24	25	49
Bündnis Sahra Wagenknecht/BSW	41	25	16	29	20	8	28

Quelle: Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen zur Politik. Bitte sagen Sie mir für jede Aussage, ob Sie Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zutrifft.“

Die Verständnisschwierigkeiten bezüglich der EU unterscheiden sich nicht zwischen Ost- und Westdeutschland (s. Abbildung 10). Jeweils 50 Prozent meinen, dass es ihnen manchmal schwer falle zu verstehen, was auf der europäischen Ebene passiert.

Auch zwischen den Wählerschaften fallen die Unterschiede moderat aus. Am häufigsten äußern die Wählerinnen und Wähler des BSW Probleme beim Verständnis (57 Prozent), gefolgt von den Wählerschaften der Union (50 Prozent), der AfD (49 Prozent) und der SPD (48 Prozent). Die Wählerschaft der Grünen tut sich am seltensten schwer damit zu verstehen, was in der EU passiert (36 Prozent).

**Abbildung 10: Einstellungen zur EU: Manchmal ist es für mich schwer zu verstehen, was auf der europäischen Ebene passiert.**

		trifft voll und ganz zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft überhaupt nicht zu	
Total	50	26	24	29	12	8	20
West	50	25	25	28	13	7	20
Ost	50	29	21	31	9	9	18
CDU/CSU	50	24	26	37	8	5	13
SPD	48	22	26	26	14	9	23
Die Grünen	36	13	23	38	14	11	25
AfD	49	29	20	21	10	20	30
Bündnis Sahra Wagenknecht/BSW	57	26	31	12	27	4	31

Quelle: Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen zur Politik. Bitte sagen Sie mir für jede Aussage, ob Sie Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zutrifft.“

Die Haltung, die EU sei nur dort nötig, wo es für Deutschland alleine schwierig ist, wird in Ostdeutschland etwas häufiger vertreten als in Westdeutschland (31:23 Prozent; s. Abbildung 11).

In allen Wählerschaften meint das nur eine Minderheit. Am häufigsten findet sich diese Haltung bei den Wählerinnen und Wählern der SPD (31 Prozent), gefolgt von den Wählerschaften der Union (26 Prozent), der AfD (25 Prozent) und des BSW (23 Prozent). Erneut vertreten die Wählerinnen und Wähler der Grünen am seltensten die Meinung, die EU sei nur dort nötig, wo es für Deutschland alleine schwierig ist (15 Prozent).

**Abbildung 11: Einstellungen zur EU: Nur da ist die EU nötig, wo es für Deutschland alleine schwierig ist.**

		trifft voll und ganz zu		trifft eher zu		teils-teils		trifft eher nicht zu		trifft überhaupt nicht zu		
Total	25	12	13	22				27		21		48
West	23	11	12	22				29		22		51
Ost	31	16	15	25				20		19		39
CDU/CSU	26	12	14	25				30		16		46
SPD	31	16	15	23				23		20		43
Die Grünen	15	7	8	10				33		41		74
AfD	25	15	10	21				28		20		48
Bündnis Sahra Wagenknecht/BSW	23	8	15	32				20		20		40

Quelle: Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen zur Politik. Bitte sagen Sie mir für jede Aussage, ob Sie Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zutrifft.“

Bei allen Verständnisschwierigkeiten mit den Geschehnissen auf europäischer Ebene gibt es doch eine große Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft. Fragt man gezielt, wie sich die Deutschen bei einer Volksabstimmung über die Mitgliedschaft in der EU entscheiden würden, würde nur eine kleine Minderheit von 9 Prozent für den Austritt stimmen (s. Abbildung 12). Die überwiegende Mehrheit von 85 Prozent würde sich für die Fortsetzung der EU-Mitgliedschaft entscheiden. Die Westdeutschen würden etwas häufiger für den Verbleib in der EU stimmen als die Ostdeutschen (86:80 Prozent).

Von den Wählerinnen und Wählern der Grünen (99 Prozent) und der SPD (97 Prozent) würden nahezu alle für den Verbleib Deutschlands in der EU stimmen. Auch in der Wählerschaft der Union ist die Zustimmung zu einem EU-Verbleib mit 92 Prozent ausgesprochen hoch. In der Wählerschaft des BSW würden sich hingegen nur 77 Prozent für eine Fortsetzung der EU-Mitgliedschaft entscheiden, 10 Prozent würden für den Austritt stimmen und die übrigen 13 Prozent antworten mit „weiß nicht“. Das ist ein ausgesprochen hoher Anteil. Die AfD-Wählerschaft ist gespalten. Nur 44 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler würden sich für eine Fortsetzung der EU-Mitgliedschaft aussprechen, 43 Prozent würden für den Austritt aus der EU stimmen. Das ist mit Abstand der höchste Anteil aller Wählerschaften. Zudem wissen 11 Prozent der Wählerinnen und Wähler der AfD nicht, wie sie abstimmen würden.

**Abbildung 12: Einstellung zu einer Volksabstimmung über die EU-Mitgliedschaft**

	Fortsetzung der Mitgliedschaft in der EU	Austritt aus der EU	würde nicht wählen
Total	85	9	6
West	86	8	6
Ost	80	15	5
CDU/CSU	92	6	2
SPD	97	1	2
Die Grünen	99	0	1
AfD	44	43	13
Bündnis Sahra Wagenknecht/BSW	77	10	13

Quelle: Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Stellen Sie sich vor, morgen würde eine Volksabstimmung in Deutschland über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union stattfinden. Würden Sie für die Fortsetzung der Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union oder für einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union stimmen?“

Neben den Einstellungen zur EU wurden auch Einstellungen zur Europawahl abgefragt. Diese Aussagen wurden schon im Nachgang der Europawahlen 2014 erhoben (Neu/Pokorny 2014), sodass ein Vergleich mit den damaligen Befunden möglich ist. Parallel zur gestiegenen Wahlbeteiligung bei der Europawahl haben auch die Einstellungen zugenommen, die die Wahlteilnahme fördern: die Wahlnorm (Wählen als Bürgerpflicht), das Interesse am Wahlausgang und am Wahlkampf, ein wahlfreundliches Umfeld sowie das Wissen über die Ziele der Parteien sind verbreiteter als noch vor zehn Jahren.

Die Wahlnorm war schon 2014 hoch (78 Prozent; grafisch nicht dargestellt; Neu/Pokorny 2014: 37), ist 2024 aber noch einmal leicht höher. 83 Prozent der Deutschen meinen, in der Demokratie sei es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen (s. Abbildung 13). Es fällt auf, dass die Zustimmung deutlich über der Wahlbeteiligung von 64,8 Prozent bei der Europawahl 2024 liegt. Die Wahlnorm hat zwar einen positiven Einfluss auf die tatsächliche Wahlteilnahme, ist jedoch nicht mit ihr identisch. Zudem sind in Umfragen Nichtwählerinnen und Nichtwähler in der Regel unterrepräsentiert. So auch hier: 84 Prozent der Befragten geben an, an der Europawahl teilgenommen zu haben. Unter bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwählern fällt die Wahlnorm zwar niedriger aus als im Durchschnitt, sie ist aber sehr wohl vorhanden. 60 Prozent der bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler geben an, dass es die Pflicht sei, sich an Wahlen zu beteiligen (grafisch nicht dargestellt). Das liegt unter anderem daran, dass viele Nichtwählerinnen und Nichtwähler nicht dauerhaft den Wahlen fernbleiben, sondern durchaus auch an Wahlen teilnehmen (Neu 2012).

Auch das Interesse am Wahlausgang liegt über der Wahlbeteiligung. 72 Prozent der Deutschen sagen, es sei für sie sehr wichtig gewesen, wie die Europawahl ausging. Damit wird der Ausgang der Europawahl 2024 deutlich häufiger als wichtig angesehen als bei der Europawahl 2014. Damals gaben nur 53 Prozent an, der Ausgang der Europawahl sei für sie sehr wichtig gewesen (Neu/Pokorny 2014: 37).

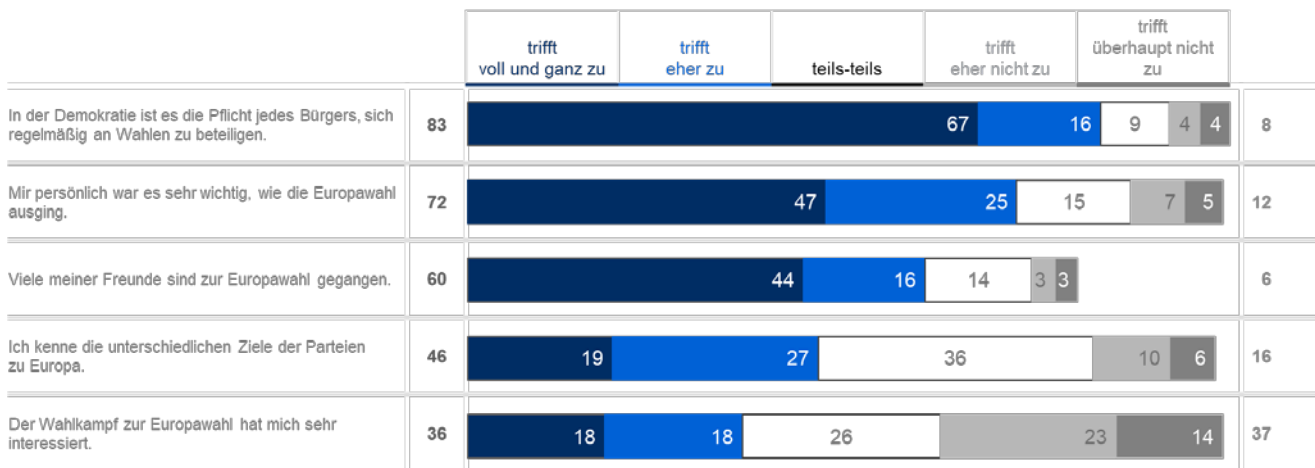


Ein weiterer Faktor bei der Wahlteilnahme stellt das soziale Umfeld dar. Ein wahlfreundliches Umfeld sollte die Bereitschaft, zur Wahl zu gehen, eher erhöhen. 60 Prozent der Deutschen geben an, viele ihrer Freunde seien zur Europawahl gegangen. Auch dieser Wert ist im Vergleich zu 2014 deutlich gestiegen. Damals sagten nur 41 Prozent, viele ihrer Freunde seien zur Wahl gegangen (Neu/Pokorny 2014: 37).

Analog zu den Verständnisschwierigkeiten mit der europäischen Politik zeigt sich auch ein gewisses Unwissen über die Ziele der Parteien zu Europa. Weniger als die Hälfte sagt, sie kennen die unterschiedlichen Ziele der Parteien zu Europa. 16 Prozent kennen sie eher oder überhaupt nicht und 36 Prozent kennen sie teilweise. Im Langzeitvergleich zeigt sich jedoch, dass das Wissen gestiegen ist. 2014 kannten nur 38 Prozent nach eigener Angabe die Ziele der Parteien zu Europa (Neu/Pokorny 2014: 37).

Auch das Interesse am Wahlkampf ist 2024 höher als 2014. Gleichzeitig fällt auf, dass das Interesse am Wahlkampf deutlich niedriger ist als der Anteil derjenigen, denen der Ausgang der Wahlen wichtig war, suggerieren könnte. 72 Prozent geben an, dass ihnen der Ausgang der Europawahl sehr wichtig war, aber nur 36 Prozent haben sich nach eigener Auskunft sehr für den Wahlkampf interessiert. 2014 lag dieser Wert sogar nur bei 27 Prozent (Neu/Pokorny 2014: 37).

**Abbildung 13: Einstellungen zur Europawahl**



Quelle: Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen zur Politik. Bitte sagen Sie mir für jede Aussage, ob Sie Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zutrifft.“

Die Wahrnehmung einer Wahlnorm unterscheidet sich deutlich zwischen Ost- und Westdeutschland, aber nur wenig zwischen den Wählerschaften (s. Abbildung 14). In Westdeutschland geben mehr Personen an, es sei die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen, als in Ostdeutschland (87:66 Prozent).

Da die Einstellungen zur Europawahl nicht nach der Angabe bei der sogenannten Sonntagsfrage aufgeschlüsselt sind, sondern nach dem berichteten Wahlverhalten bei der Europawahl, überrascht es wenig, dass die Wählerschaften aller Parteien eine hohe Wahlnorm aufweisen. Am stärksten ausgeprägt ist die Wahlnorm bei den Wählerinnen und Wählern der SPD (94 Prozent), der Union (92 Prozent) und der Grünen (91 Prozent). Etwas geringer, aber immer noch hoch, fällt

die Wahlnorm in den Wählerschaften der AfD (86 Prozent) und des BSW (85 Prozent) aus. Bekennende Nichtwählerinnen und Nichtwähler bei der Europawahl geben dagegen nur zu 60 Prozent an, dass es die Pflicht sei, sich an Wahlen zu beteiligen (nicht grafisch dargestellt).

**Abbildung 14: Einstellungen zur Europawahl: In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen.**

		trifft voll und ganz zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft überhaupt nicht zu	
Total	83	67	16	9	4	4	8
West	87	71	16	6	3	3	6
Ost	66	52	14	18	6	9	15
CDU/CSU	92	74	18	4	3	2	5
SPD	94	86	8	3	2		2
Die Grünen	91	70	21	6	3		4
AfD	86	79	7	6	4	4	8
Bündnis Sahra Wagenknecht/BSW	85	59	26	12	1		2

Quelle: Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen zur Politik. Bitte sagen Sie mir für jede Aussage, ob Sie Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zutrifft.“

Den Westdeutschen war der Ausgang der Europawahl wichtiger als den Ostdeutschen. 74 Prozent der West- und 67 Prozent der Ostdeutschen geben an, ihnen sei der Ausgang der Europawahl sehr wichtig gewesen (s. Abbildung 15).

Auch die Wählerschaften unterscheiden sich voneinander. Die Wählerschaften der Grünen (96 Prozent) und der SPD (91 Prozent) sagen besonders häufig, ihnen sei sehr wichtig gewesen, wie die Europawahl ausgeht. Mit größerem Abstand folgen die Wählerschaften der Union (77 Prozent), der AfD (74 Prozent) und des BSW (68 Prozent). Unter bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwählern fällt das Interesse am Wahlausgang mit 43 Prozent deutlich geringer aus (nicht grafisch dargestellt).

**Abbildung 15: Einstellungen zur Europawahl: Mit persönlich war es sehr wichtig, wie die Europawahl ausging.**

		trifft voll und ganz zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft überhaupt nicht zu	
Total	72	47	25	15	7	5	12
West	74	49	25	14	7	4	11
Ost	67	43	24	19	8	7	15
CDU/CSU	77	51	26	16	3	4	7
SPD	91	63	28	7	2		2
Die Grünen	96	63	33	3			1
AfD	74	53	21	15		11	11
Bündnis Sahra Wagenknecht/BSW	68	32	36	25	3	3	6

Quelle: Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen zur Politik. Bitte sagen Sie mir für jede Aussage, ob Sie Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zutrifft.“

Viele Deutsche wissen nicht, ob ihre Freunde zur Wahl gehen. 18 Prozent geben bei der Aussage „Viele meiner Freunde sind zur Wahl gegangen“ die Antwortoption „weiß nicht“ an (nicht grafisch dargestellt). Besonders hoch ist dieser Anteil im Nichtwählerlager (27 Prozent), in den Wählerschaften der Union (21 Prozent) und der AfD (18 Prozent).

Westdeutsche geben etwas häufiger an als Ostdeutsche, viele ihrer Freunde seien zur Wahl gegangen (62:56 Prozent; s. Abbildung 16). Die Wählerschaft der Grünen sagt besonders häufig, viele ihrer Freunde hätten sich an der Wahl beteiligt (80 Prozent). Etwas geringer fällt dieser Anteil in der SPD-Wählerschaft (71 Prozent) und der BSW-Wählerschaft (67 Prozent) aus. Noch etwas seltener geben die Wählerinnen und Wähler der Union (62 Prozent) und der AfD (60 Prozent) an, ihre Freunde seien zur Wahl gegangen. Im Nichtwählerlager ist das Umfeld weniger wahlfreundlich. Nur 43 Prozent der Nichtwählerinnen und Nichtwähler sagen, viele ihrer Freunde hätten sich an der Wahl beteiligt (nicht grafisch dargestellt).

**Abbildung 16: Einstellungen zur Europawahl: Viele meiner Freunde sind zur Europawahl gegangen.**

		trifft voll und ganz zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft überhaupt nicht zu	
Total	60	44	16	14	3	3	6
West	62	45	17	14	3	2	5
Ost	56	43	13	15	2	4	6
CDU/CSU	62	45	17	14	1		1
SPD	71		58	13	9	3	4
Die Grünen	80		56		24	9	2
AfD	60	47	13	16	4		4
Bündnis Sahra Wagenknecht/BSW	67	42		25	15	1	2

Quelle: Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen zur Politik. Bitte sagen Sie mir für jede Aussage, ob Sie Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zutrifft.“

In der Kenntnis der Ziele der Parteien zu Europa zeigen sich keine nennenswerten Ost-West-Unterschiede. 43 Prozent der Ost- und 46 Prozent der Westdeutschen kennen nach eigenem Bekunden die unterschiedlichen Ziele der Parteien zu Europa (s. Abbildung 17).

Die Unterschiede zwischen den Wählerschaften fallen eher moderat aus. Am häufigsten äußern die Wählerinnen und Wähler der AfD (61 Prozent) und der Grünen (60 Prozent), dass sie die unterschiedlichen Ziele der Parteien zu Europa kennen. Gut die Hälfte der Wählerschaften von SPD und BSW gibt ebenfalls gute Kenntnisse der Parteiziele an. Deutlich niedriger fällt dieser Anteil in der Unionswählerschaft aus. Nur 43 Prozent der Wählerinnen und Wähler von CDU/CSU meinen, sie kennen die Ziele der Parteien zu Europa. Am geringsten fällt dieser Anteil unter Nichtwählerinnen und Nichtwählern aus mit nur 27 Prozent (nicht grafisch dargestellt).

**Abbildung 17: Einstellungen zur Europawahl: Ich kenne die unterschiedlichen Ziele der Parteien zu Europa.**

		trifft voll und ganz zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft überhaupt nicht zu	
Total	46	19	27	36	10	6	16
West	46	18	28	36	10	6	16
Ost	43	21	22	35	11	8	19
CDU/CSU	43	17	26	40	12	4	16
SPD	52	24	28	34	11	3	14
Die Grünen	60	24	36	35	5		5
AfD	61	31	30	32	5	2	7
Bündnis Sahra Wagenknecht/BSW	52	13	39	40	8		8

Quelle: Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen zur Politik. Bitte sagen Sie mir für jede Aussage, ob Sie Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zutrifft.“

Das Interesse am Wahlkampf zur Europawahl fällt in Ost- und Westdeutschland ähnlich hoch aus. Ein gutes Drittel hat sich in beiden Landesteilen sehr für den Wahlkampf interessiert (s. Abbildung 18).

Auffällig ist ein besonders hohes Interesse der AfD-Wählerschaft am Europawahlkampf. Knapp zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler der AfD haben sich nach eigener Auskunft sehr für den Wahlkampf zur Europawahl interessiert. Das ist von allen Wählerschaften mit Abstand der höchste Wert. Mit deutlichem Abstand folgen die Wählerschaften des BSW (43 Prozent), der SPD (42 Prozent) und der Grünen (42 Prozent). Am geringsten interessieren sich die Wählerinnen und Wähler der Unionsparteien für den Wahlkampf. Nur 31 Prozent der CDU/CSU-Wählerschaft haben sich nach eigenem Bekunden sehr für den Wahlkampf zur Europawahl interessiert. Unter Nichtwählerinnen und Nichtwählern bekunden sogar nur 24 Prozent Interesse für den Wahlkampf (nicht grafisch dargestellt).

**Abbildung 18: Einstellungen zur Europawahl: Der Wahlkampf zur Europawahl hat mich sehr interessiert.**

		trifft voll und ganz zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft überhaupt nicht zu	
Total	36	18	18	26	23	14	37
West	36	17	19	26	23	13	36
Ost	37	24	13	26	21	16	37
CDU/CSU	31	16	15	32	29	8	37
SPD	42	25	17	29	25	5	30
Die Grünen	42	13	29	30	22	7	29
AfD	65		45	20	8	12	15
Bündnis Sahra Wagenknecht/BSW	43	24	19	19	25	10	35

Quelle: Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen zur Politik. Bitte sagen Sie mir für jede Aussage, ob Sie Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zutrifft.“

## Vertrauen in die Europäische Union

Der Europawahlkampf hat sich positiv auf das Vertrauen in die Europäische Union ausgewirkt. Auch die Assoziationen Frieden, Sicherheit und Wohlstand haben sich im Laufe des Wahlkampfes positiv entwickelt. Unmittelbar nach der Europawahl zeigt sich, dass sich die meisten Vertrauens- und Assoziationswerte erholt haben, die zeitweise rückläufig waren.

Bisherige Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigten eine europafreundliche Haltung der Deutschen (Neu 2023; Roose 2024a, 2024b, 2024c). Das Vertrauen in die Europäische Union ist im Vergleich mit anderen Institutionen mittel ausgeprägt, hat zwischen Dezember 2023 und Juni 2024 aber zugenommen. Am häufigsten vertrauen die Wählerinnen und Wähler der Grünen der EU, am seltensten die Wählerinnen und Wähler von BSW und AfD. Im Folgenden werden die Wählerschaften nicht mehr anhand des rückerinnerten Wahlverhaltens, sondern anhand der sogenannten Sonntagsfrage gebildet.

Im Juni 2024 geben 54 Prozent der Deutschen großes oder sehr großes Vertrauen in die Europäische Union an (s. Abbildung 19). Damit liegt die EU hinter der Polizei, den Gerichten, dem Verfassungsschutz, den öffentlich-rechtlichen Medien wie ARD und ZDF und der Bundeswehr. Das Vertrauen in den Deutschen Bundestag, die Deutsche Bundesregierung und die Parteien ist dagegen niedriger als in die EU.

Abbildung 19: Institutionenvertrauen

		sehr großes Vertrauen	großes Vertrauen	wenig Vertrauen	gar kein Vertrauen	
Polizei	87	24	63	10	2	12
Gerichte	73	19	54	23	2	25
Verfassungsschutz	59	11	48	26	8	34
Öffentlich-rechtliche Medien wie ARD und ZDF	59	12	47	23	15	38
Bundeswehr	57	9	48	33	6	39
Europäische Union	54	6	48	33	9	42
Deutscher Bundestag	50	6	44	38	10	48
Deutsche Bundesregierung	37	3	34	43	18	61
Parteien	29	1	28	55	10	65

Quellen: Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.

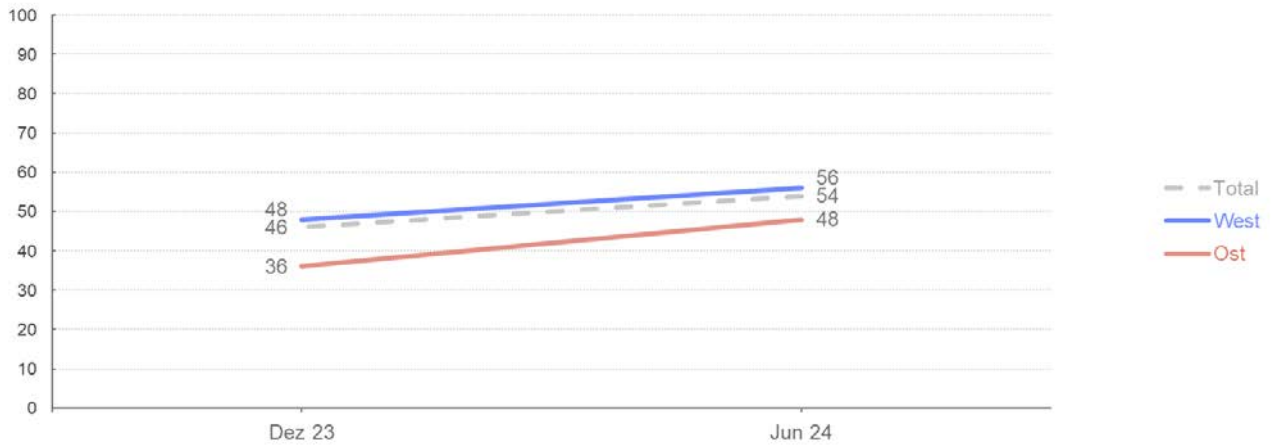
Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen.“

Im Vergleich zu Dezember 2023 ist das Vertrauen in die EU leicht angestiegen (+8 Punkte; s. Abbildung 20). Im Langzeitvergleich ist das Vertrauen in die EU relativ stabil (Roose 2024b: 10). In Westdeutschland vertrauen etwas mehr Menschen der EU als in Ostdeutschland (56:48 Prozent).

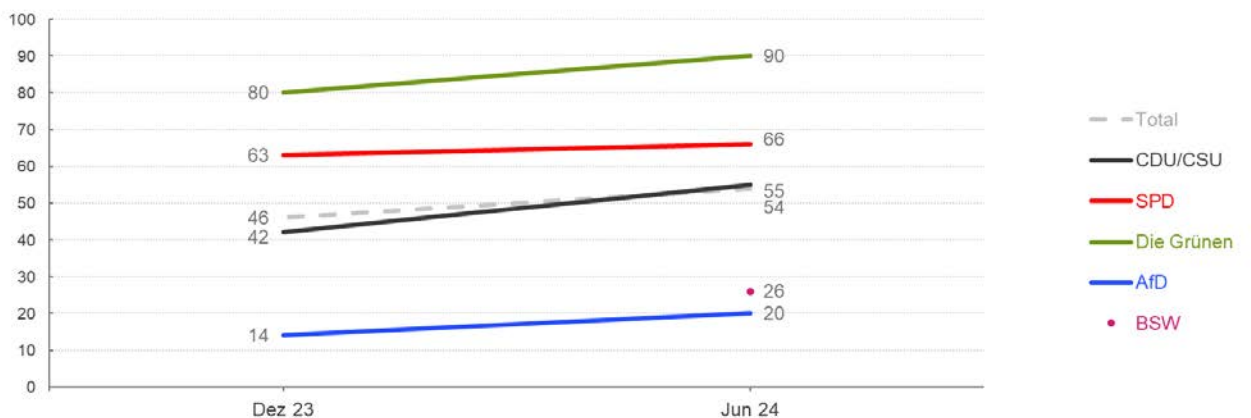
Zwischen den verschiedenen Parteianhängerschaften fallen die Unterschiede noch deutlich größer aus (s. Abbildung 21). Das größte Vertrauen bringen die Wählerinnen und Wähler der Grünen der EU entgegen. Zudem ist das Vertrauen der Grünen-Wählerschaft in die EU zwischen Dezember 2023 und Juni 2024 um 10 Punkte gestiegen, sodass jetzt 90 Prozent (sehr) großes Vertrauen in die EU haben. In der SPD-Wählerschaft ist das Vertrauen in die EU recht konstant. Zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler der SPD haben großes oder sehr großes Vertrauen in die EU. Einen deutlichen Vertrauensanstieg gibt es in der Unionswählerschaft. Äußerten im Dezember 2023 noch 42 Prozent der CDU/CSU-Wählerschaft (sehr) großes Vertrauen in die EU, sind es im Juni 2024 schon 55 Prozent. Am wenigsten vertrauen die Wählerinnen und Wähler von BSW und AfD der EU. 26 Prozent der BSW-Wählerschaft geben (sehr) großes Vertrauen an und nur 20 Prozent der AfD-Wählerschaft. Bei den Wählerinnen und Wählern der AfD konnte die EU aber zwischen Dezember 2023 und Juni 2024 auf niedrigerem Niveau leicht an Vertrauen hinzugewinnen.

**Abbildung 20: Vertrauen in die Europäische Union nach Ost/West (Antworten „sehr großes/großes Vertrauen“)**



Quellen: Umfragen 1041 und 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.  
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe.  
 Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen.“

**Abbildung 21: Vertrauen in die Europäische Union nach Parteianhängerschaft (Antworten „sehr großes/großes Vertrauen“)**



Quellen: Umfragen 1041 und 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.  
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe.  
 Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen.“

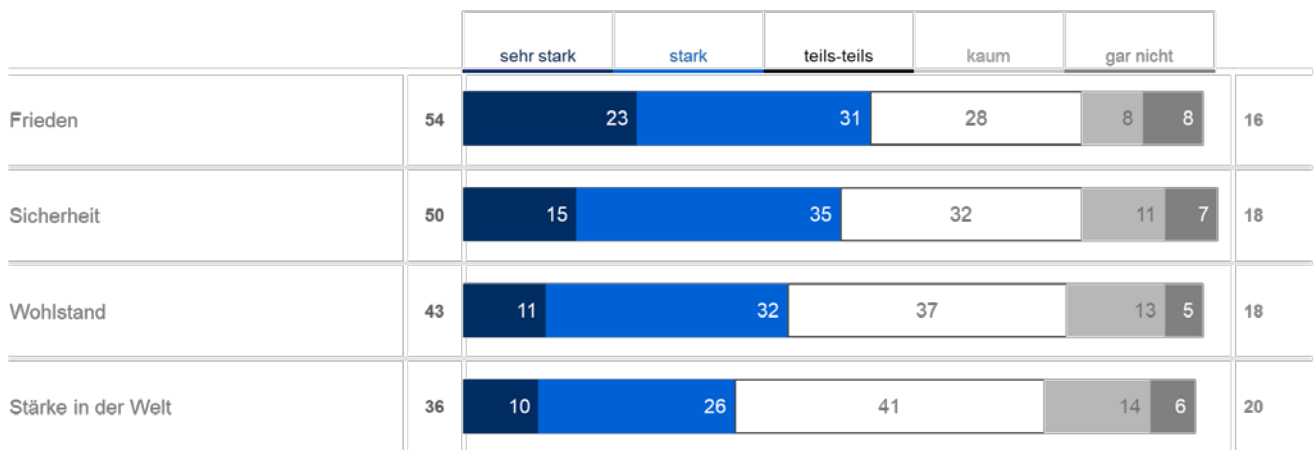


Zusätzlich zum allgemeinen Vertrauen in die EU hat die Konrad-Adenauer-Stiftung erhoben, wie stark die vier zentralen Vertrauenswerte Frieden, Sicherheit, Wohlstand und Stärke in der Welt mit der EU in Verbindung gebracht werden. Diese Werte wurden in jeder der Mehrthemen-Umfragen erhoben, sodass ein Verlauf seit Dezember 2022 vorliegt. Zudem wurden dieselben Werte schon 2018 in einer früheren Umfrage (Roose 2024b; Roose 2019) untersucht, sodass auch ein längerfristiger Vergleich möglich ist. Im Langzeitvergleich zeigt sich bei Frieden, Sicherheit und Wohlstand eine langfristige Stabilität. Kurzzeitig sanken die Nennungshäufigkeiten und die drei Werte wurden seltener mit der EU verbunden. Langfristig wird jedoch wieder das Niveau früherer Untersuchungen erreicht. Lediglich Stärke in der Welt hat sich nicht erholt. Stärke in der Welt wird heute seltener mit der EU in Verbindung gebracht als noch vor sechs Jahren.

Die Unterschiede zwischen den Wählerschaften (gemessen anhand der Sonntagsfrage) schwanken über die Zeit. Im Juni 2024 ist die Reihenfolge der Wählerschaften bei allen vier Werten jedoch identisch: Die höchsten Anteile finden sich bei den Wählerinnen und Wählern der Grünen, gefolgt von denen der SPD. Auf Platz drei liegt die Wählerschaft der Union. Weniger häufig werden die Werte von den Wählerinnen und Wählern des BSW mit der EU verbunden. Schlusslicht bildet bei jedem Wert die Wählerschaft der AfD.

Am stärksten assoziieren die Deutschen im Juni 2024 Frieden mit der EU (s. Abbildung 22). 54 Prozent bringen Frieden sehr stark oder stark mit der EU in Verbindung. Dicht dahinter folgt der Wert Sicherheit. Jede und jeder Zweite verbindet Sicherheit sehr stark oder stark mit der EU. Zusätzlich verbinden 43 Prozent der Deutschen Wohlstand sehr stark oder stark mit der EU. Am seltensten assoziieren die Deutschen mit der EU Stärke in der Welt. Nur 36 Prozent bringen Stärke in der Welt (sehr) stark mit der EU in Verbindung.

**Abbildung 22: Assoziationen mit der Europäischen Union**



Quellen: Umfrage 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.

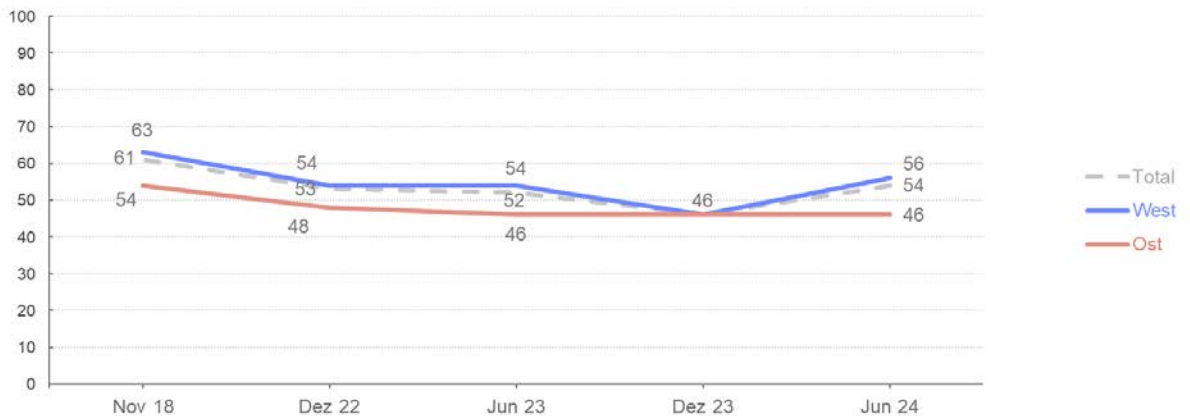
Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Wie stark bringen Sie die Europäische Union mit folgenden Dingen in Verbindung?“

Im Herbst 2018 verbanden noch 61 Prozent Frieden (sehr) stark mit der EU. Im Dezember 2022 ist dieser Wert auf 53 Prozent gesunken, ein Jahr später noch weiter auf 46 Prozent (s. Abbildung 23). Zwischen Dezember 2023 und Juni 2024 ist der Anteil der Wahlberechtigten, die mit der EU Frieden assoziieren, wieder leicht gestiegen auf 54 Prozent. Damit liegt er jetzt wieder auf dem Niveau von Dezember 2022 und Juni 2023.

Außer im Dezember 2023 verbinden Westdeutsche in allen Umfragewellen die EU häufiger mit Frieden als Ostdeutsche. Im Juni 2024 ist der Unterschied mit 10 Prozentpunkten ähnlich hoch wie 2018.

**Abbildung 23: Assoziation Frieden nach Ost/West (Antworten „sehr stark/stark“)**



*Quellen: Umfragen 1001, 1039, 1040, 1041 und 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.*

*Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils-teils/kaum/gar nicht/weiß nicht/keine Angabe.*

*Frage: „Wie stark bringen Sie die Europäische Union mit folgenden Dingen in Verbindung?“*

In den Wählerschaften schwankt die Assoziation Frieden mit der EU über den Untersuchungszeitraum (s. Abbildung 24). Das Verhältnis der Wählerschaften zueinander ähnelt sich aber über die Zeit. In allen Erhebungen verbinden die Wählerinnen und Wähler der Grünen am häufigsten Frieden mit der EU. In der jüngsten Umfrage sind das 83 Prozent. Der Wert war zwischenzeitlich deutlich niedriger, befindet sich jetzt aber wieder auf dem Niveau von Juni 2023.

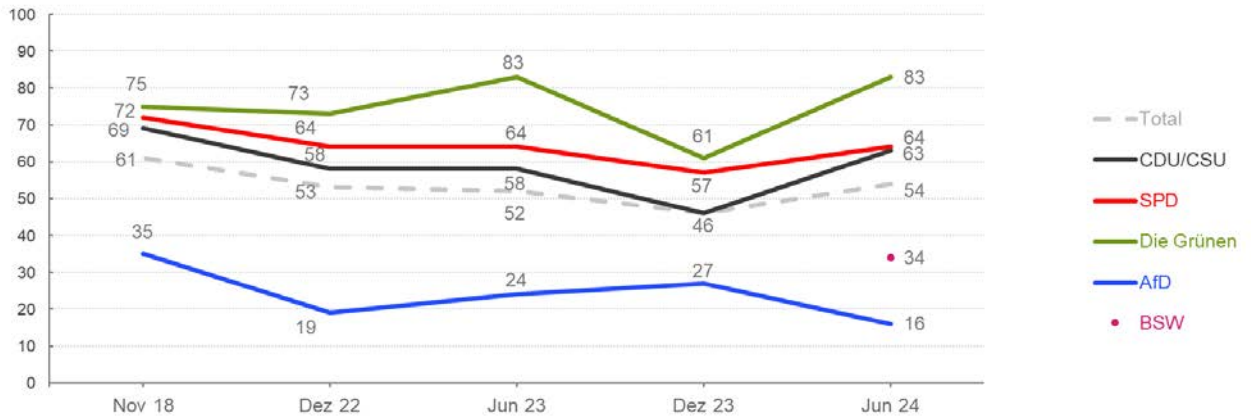
Weniger Schwankungen weisen die Wählerinnen und Wähler der SPD auf. 64 Prozent der SPD-Wählerschaft verbinden Frieden (sehr) stark mit der EU.

In der Wählerschaft der Union ist der Anteil derjenigen, die Frieden sehr stark oder stark mit der EU in Verbindung bringen, im Juni 2024 mit 63 Prozent wieder auf einem ähnlichen Niveau wie 2018 (69 Prozent). Zwischenzeitlich war der Wert mit 58 Prozent im Dezember 2022 und 46 Prozent im Dezember 2023 niedriger.

Deutlich niedriger fällt der Anteil derjenigen, die Frieden mit der EU verbinden, in der Wählerschaft des BSW aus. Nur ein gutes Drittel der Wählerinnen und Wähler des BSW verbindet Frieden (sehr) stark mit der EU.

Noch geringer ist dieser Anteil nur in der AfD-Wählerschaft. 16 Prozent der Wählerinnen und Wähler der AfD verbinden Frieden sehr stark oder stark mit der EU. Auch im Zeitvergleich ist das ein niedriger Wert. 2018 brachte die AfD-Wählerschaft noch zu 35 Prozent Frieden (sehr) stark mit der EU in Verbindung. Der Anteil war mit 19 Prozent im Dezember 2022 deutlich niedriger, stieg dann aber im Juni 2023 (24 Prozent) und Dezember 2023 (27 Prozent) wieder etwas an. Im Juni 2024 ist damit ein bisheriger Tiefpunkt erreicht.

**Abbildung 24: Assoziation Frieden nach Parteianhängerschaft (Antworten „sehr stark/stark“)**

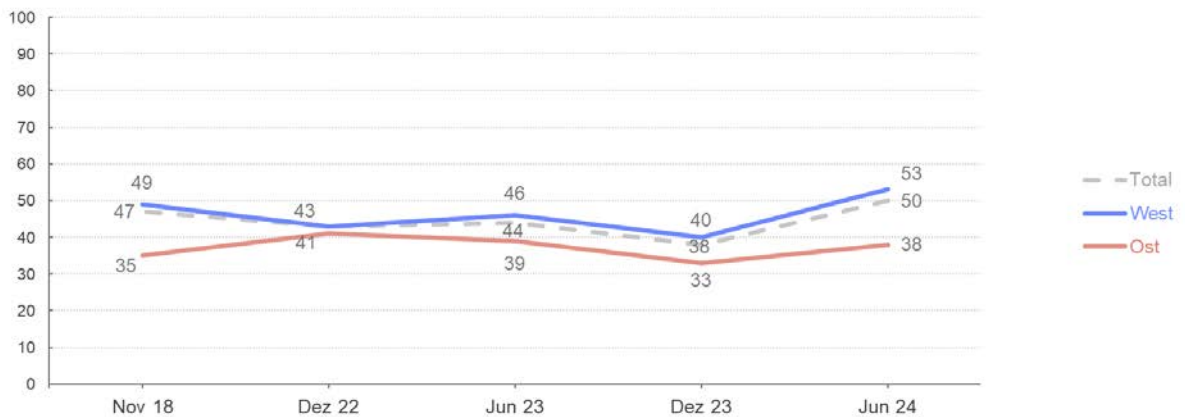


Quellen: Umfragen 1001, 1039, 1040, 1041 und 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023.  
 Angaben in Prozent.  
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils-teils/kaum/gar nicht/weiß nicht/keine Angabe.  
 Frage: „Wie stark bringen Sie die Europäische Union mit folgenden Dingen in Verbindung?“

Sicherheit wird im Juni 2024 ähnlich häufig mit der EU in Verbindung gebracht wie im Herbst 2018. Damals gaben 47 Prozent an, Sicherheit sehr stark oder stark mit der EU zu verbinden. Zwischenzeitlich ist dieser Wert bis auf 38 Prozent im Dezember 2023 gesunken (s. Abbildung 25). Nach der Europawahl 2024 liegt dieser Wert wieder auf dem früheren Niveau bei 50 Prozent.

2018 gab es einen deutlichen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland. Ostdeutsche verbanden die EU seltener mit Sicherheit als Westdeutsche (35:49 Prozent). Im Dezember 2022 war dieser Unterschied nahezu verschwunden. Seit 2024 hat sich der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland bei der Assoziation Sicherheit wieder vergrößert. Im Juni 2024 liegen wieder 15 Punkte zwischen Ost- und Westdeutschen. Mit 53 Prozent verbinden die Westdeutschen deutlich häufiger Sicherheit mit der EU als die Ostdeutschen mit nur 38 Prozent.

Abbildung 25: Assoziation Sicherheit nach Ost/West (Antworten „sehr stark/stark“)



Quellen: Umfragen 1001, 1039, 1040, 1041 und 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023.

Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils-teils/kaum/gar nicht/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Wie stark bringen Sie die Europäische Union mit folgenden Dingen in Verbindung?“

Ähnlich wie bei der Assoziation Frieden verbinden die Grünen-Wählerinnen und -Wähler auch Sicherheit häufiger mit der EU als alle anderen Parteianhängerschaften (s. Abbildung 26). 73 Prozent der Grünen-Wählerschaft bringen Sicherheit (sehr) stark mit der EU in Verbindung. Das ist der höchste Wert in allen vorliegenden Untersuchungen zur Assoziation Sicherheit.

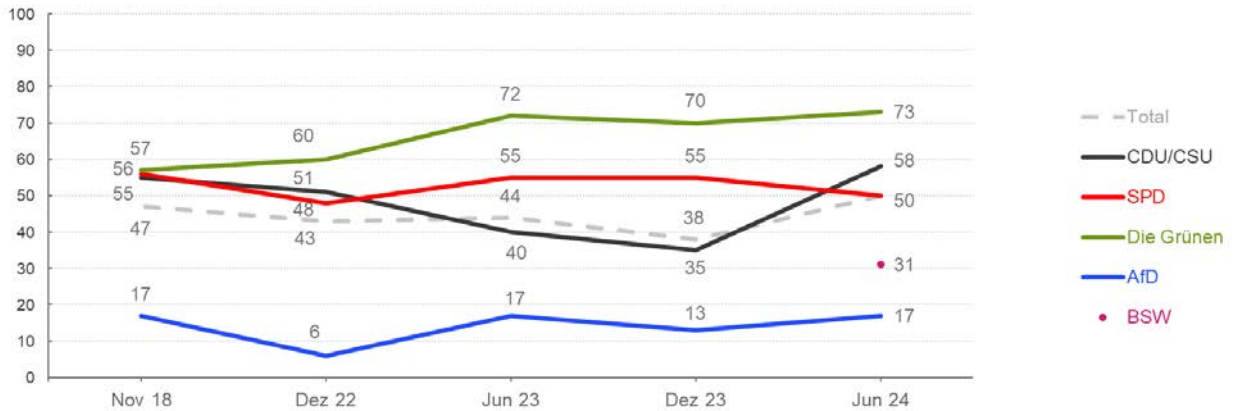
In der SPD-Wählerschaft schwankt der Anteil an Wählerinnen und Wählern, die Sicherheit sehr stark oder stark mit der EU verbinden, zwischen 56 Prozent (2018) und 50 Prozent (Juni 2024). Das sind eher geringe Schwankungen. Sie SPD-Wählerschaft ist in ihrer Einschätzung relativ konstant.

Deutlich mehr Veränderung gibt es dagegen bei der Unionswählerschaft. Im Herbst 2018 verbanden 55 Prozent der Wählerinnen und Wähler von CDU/CSU Sicherheit (sehr) stark mit der EU. Dieser Wert ist bis Dezember 2023 kontinuierlich gesunken auf nur noch 35 Prozent. In den sechs Monaten zwischen Dezember 2023 und Juni 2024 stieg dieser Wert jedoch wieder stark an. In der aktuellen Umfrage verbinden 58 Prozent der Wählerinnen und Wähler der Union die EU (sehr) stark mit Sicherheit. Damit ist in der CDU/CSU-Wählerschaft wieder das Niveau von 2018 erreicht.

Die Wählerschaft des BSW verbindet seltener Sicherheit mit der EU. Nur ein knappes Drittel der BSW-Wählerinnen und -Wähler bringt Sicherheit sehr stark oder stark mit der EU in Verbindung.

Wie schon beim Wert Frieden assoziieren die Wählerinnen und Wähler der AfD auch Sicherheit seltener mit der EU als alle anderen Wählerschaften. Lediglich 17 Prozent der AfD-Wählerschaft bringen Sicherheit (sehr) stark mit der EU in Verbindung. Das entspricht dem Wert von 2018. Im Dezember 2022 gab es einen Einbruch auf nur noch 6 Prozent, der jedoch nicht von Dauer war.

**Abbildung 26: Assoziation Sicherheit nach Parteilanhängerschaft (Antworten „sehr stark/stark“)**

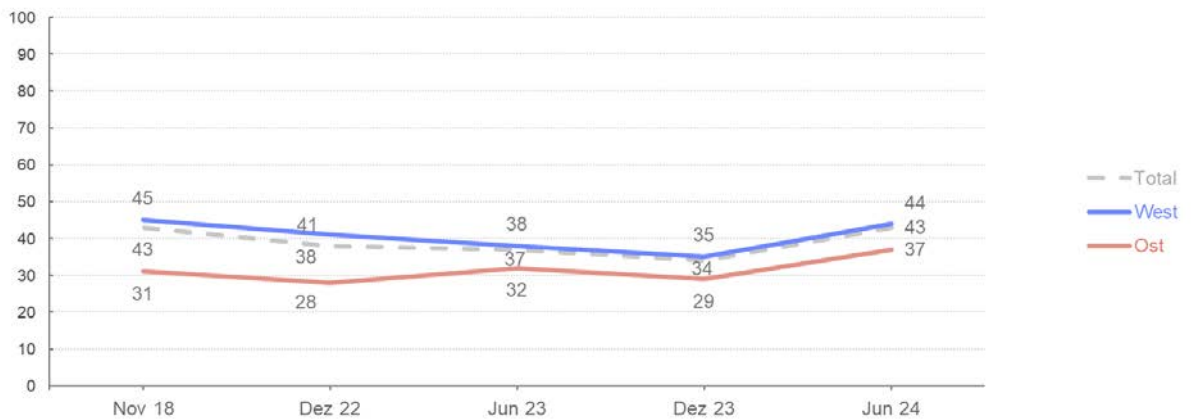


Quellen: Umfragen 1001, 1039, 1040, 1041 und 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023.  
 Angaben in Prozent.  
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils-teils/kaum/gar nicht/weiß nicht/keine Angabe.  
 Frage: „Wie stark bringen Sie die Europäische Union mit folgenden Dingen in Verbindung?“

Auch die Häufigkeit, mit der die Deutschen Wohlstand mit der EU verbinden, schwankt über den Untersuchungszeitraum, pendelt sich aber wieder auf dem Niveau von 2018 ein. Damals verbanden 43 Prozent Wohlstand sehr stark oder stark mit der EU. Zwischenzeitlich sank dieser Anteil auf 34 Prozent im Dezember 2023 (s. Abbildung 27). Im Juni 2024 liegt der Anteil derjenigen, die Wohlstand (sehr) stark mit der EU in Verbindung bringen, wieder bei 43 Prozent.

Westdeutsche assoziieren durchweg häufiger Wohlstand mit der EU als Ostdeutsche. Der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland lag im November 2018 bei 14 Punkten (West: 45 Prozent, Ost: 31 Prozent). Im Juni 2024 hat sich die Differenz auf 7 Punkte verringert (West: 44 Prozent, Ost: 37 Prozent).

Abbildung 27: Assoziation Wohlstand nach Ost/West (Antworten „sehr stark/stark“)



Quellen: Umfragen 1001, 1039, 1040, 1041 und 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023.

Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils-teils/kaum/gar nicht/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Wie stark bringen Sie die Europäische Union mit folgenden Dingen in Verbindung?“

Wie schon bei Frieden und Sicherheit verbinden die Wählerinnen und Wähler der Grünen auch Wohlstand häufiger mit der EU als die anderen Wählerschaften (s. Abbildung 28). Lange Zeit verbanden zwischen 50 und 60 Prozent der Grünen-Wählerschaft Wohlstand (sehr) stark mit der EU. Zwischen Dezember 2023 und Juni 2024 gab es einen deutlichen Anstieg. Jetzt bringen 76 Prozent der Wählerinnen und Wähler der Grünen Wohlstand sehr stark oder stark mit der EU in Verbindung. Ob das von Dauer ist oder der Anteil wieder auf das bisherige Niveau sinkt, werden zukünftige Umfragen zeigen müssen.

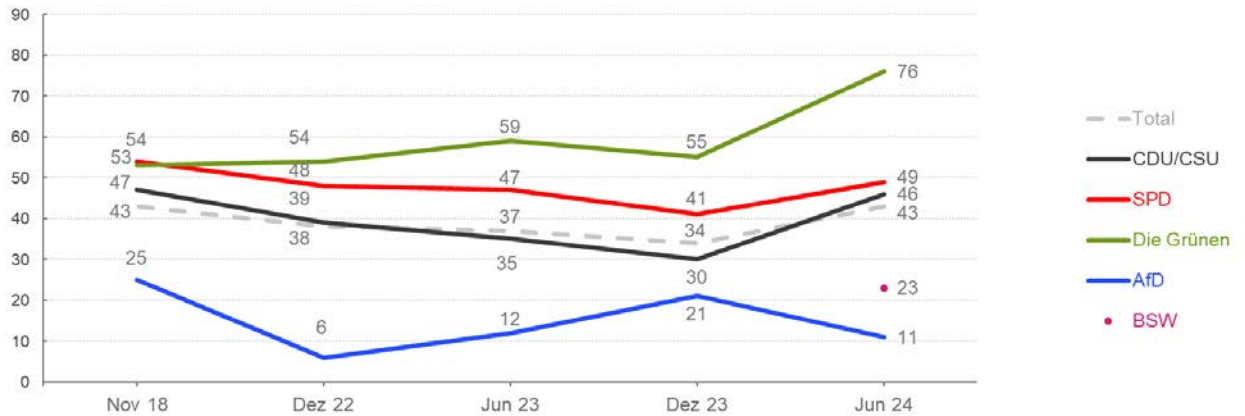
In der SPD-Wählerschaft ist der Anteil derjenigen, die Wohlstand (sehr) stark mit der EU verbinden, im Langzeitvergleich leicht gesunken. 2018 verbanden 54 Prozent der SPD-Wählerinnen und -Wähler Wohlstand sehr stark oder stark mit der EU. Bis Dezember 2023 sank dieser Anteil auf 41 Prozent. Seitdem hat sich der Anteil wieder erhöht. Im Juni 2024 verbinden 49 Prozent der SPD-Wählerschaft Wohlstand mit der EU.

Auch bei den Wählerinnen und Wählern der Union gab es wie schon beim Wert Sicherheit zwischenzeitlich einen Rückgang und dann einen Anstieg auf das Niveau von 2018. Im Herbst 2018 gaben 47 Prozent der Unionswählerschaft an, Wohlstand sehr stark oder stark mit der EU zu verbinden. Dieser Wert fiel auf 30 Prozent im Dezember 2023. Im Juni 2024 verbinden mit 46 Prozent wieder ähnlich viele Unionswählerinnen und -wähler Wohlstand mit der EU wie 2018.

Analog zu den Werten Frieden und Sicherheit verbinden deutlich weniger Wählerinnen und Wähler des BSW Wohlstand mit der EU. Nur 23 Prozent der BSW-Wählerschaft assoziieren Wohlstand sehr stark oder stark mit der EU.

Die AfD-Wählerschaft nimmt erneut den letzten Platz ein. Der Anteil an AfD-Wählerinnen und -Wählern, die Wohlstand (sehr) stark mit der EU in Verbindung bringen, schwankt über die Zeit. 2018 verbanden 25 Prozent der AfD-Wählerschaft Wohlstand mit der EU. Im Dezember 2022 sagten das nur noch 6 Prozent. Anschließend stieg der Anteil wieder an auf 21 Prozent im Dezember 2023. In der jüngsten Umfrage vom Juni 2024 verbinden mit 11 Prozent wieder weniger Wählerinnen und Wähler der AfD Wohlstand mit der EU.

**Abbildung 28: Assoziation Wohlstand nach Parteilicherschaft (Antworten „sehr stark/stark“)**

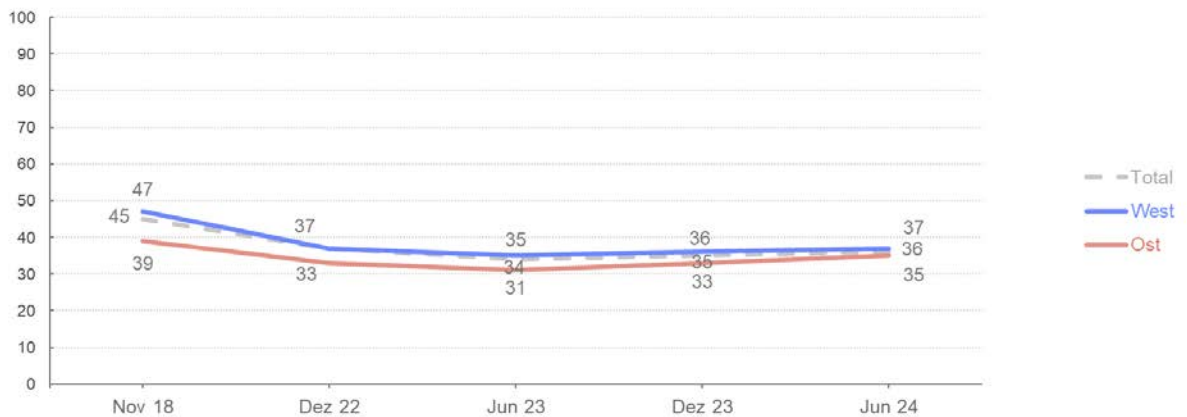


Quellen: Umfragen 1001, 1039, 1040, 1041 und 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023.  
 Angaben in Prozent.  
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils-teils/kaum/gar nicht/weiß nicht/keine Angabe.  
 Frage: „Wie stark bringen Sie die Europäische Union mit folgenden Dingen in Verbindung?“

Betrachtet man nur die Mehrthemen-Umfragen seit Dezember 2022, scheint die Assoziationshäufigkeit von Stärke in der Welt mit der EU sehr stabil zu sein (s. Abbildung 29). Im Dezember 2022 verbanden 37 Prozent sehr stark oder stark Stärke in der Welt mit der EU, im Juni 2024 sind es 36 Prozent und in den Befragungen dazwischen sieht es ähnlich aus. Der Blick auf die Umfrage von 2018 zeigt jedoch, dass Stärke in der Welt früher stärker mit der EU verbunden wurde. Damals brachten 45 Prozent der Deutschen Stärke in der Welt (sehr) stark mit der EU in Verbindung. Anders als die anderen Werte, bei denen die Nennungshäufigkeiten zwischendurch sanken, jetzt aber wieder angestiegen sind, verharrt Stärke in der Welt auf dem niedrigen Niveau.

Im Herbst 2018 gab es noch einen Ost-West-Unterschied. Westdeutsche verbanden die EU häufiger mit Stärke in der Welt als Ostdeutsche (47:39 Prozent). Seit Dezember 2022 unterscheiden sich Ost- und Westdeutschland nicht mehr nennenswert voneinander. Ost- und Westdeutsche verbinden seitdem die EU ähnlich stark mit Stärke in der Welt.

Abbildung 29: Assoziation Stärke in der Welt nach Ost/West (Antworten „sehr stark/stark“)



Quellen: Umfragen 1001, 1039, 1040, 1041 und 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023.

Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils-teils/kaum/gar nicht/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Wie stark bringen Sie die Europäische Union mit folgenden Dingen in Verbindung?“

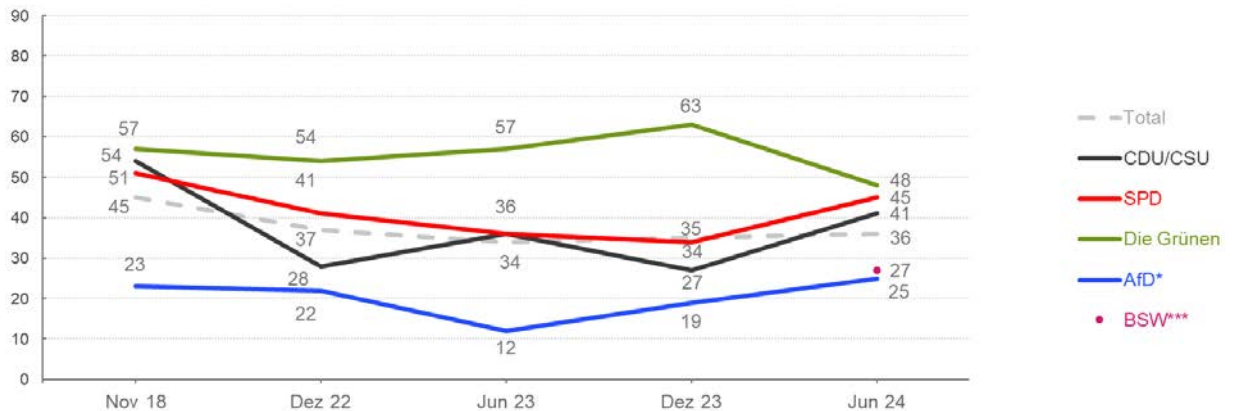
Auffällig ist ein deutlicher Rückgang der Assoziation Stärke in der Welt mit der EU bei den Wählerinnen und Wählern der Grünen (s. Abbildung 30). Lange Zeit lagen die Anteile der Grünen-Wählerschaft recht stabil bei 54 bis 57 Prozent. Im Dezember 2023 gab es dann einen leichten Anstieg auf 63 Prozent. Darauf folgt jedoch ein deutlicher Rückgang. Im Juni 2024 verbinden nur noch 48 Prozent der Grünen-Wählerschaft die EU sehr stark oder stark mit Stärke in der Welt. Damit bringt erstmals seit 2018 weniger als die Hälfte der Wählerinnen und Wähler der Grünen Stärke in der Welt mit der EU in Verbindung.

In der SPD-Wählerschaft zeigt sich eine gegenläufige Entwicklung. Nachdem 2018 gut die Hälfte der SPD-Wählerinnen und -Wähler die EU mit Stärke in der Welt verband, sank der Anteil im Dezember 2023 auf 34 Prozent. Im Juni 2024 nähert sich der Anteil wieder dem Niveau von 2018 an. 45 Prozent der Wählerinnen und Wähler der SPD verbinden die EU mit Stärke in der Welt.

Die Assoziation Stärke in der Welt schwankt deutlich in der Unionswählerschaft. Ein längerfristiger Trend lässt sich bei den Wählerinnen und Wählern der Union bisher nicht erkennen. 2018 verbanden 54 Prozent der Wählerinnen und Wähler von CDU/CSU Stärke in der Welt (sehr) stark mit der EU. Im Dezember 2022 lag dieser Anteil mit 28 Prozent deutlich niedriger. In der nächsten Erhebung im Juni 2023 stieg der Anteil (36 Prozent), um sechs Monate später erneut zu sinken (27 Prozent). In der aktuellen Umfrage verbinden 41 Prozent der Wählerinnen und Wähler der Union die EU mit Stärke in der Welt. Ein längerfristiger Trend lässt sich bei der Unionswählerschaft bisher nicht erkennen.



**Abbildung 30: Assoziation Stärke in der Welt nach Parteilicherschaft (Antworten „sehr stark/stark“)**



Quellen: Umfragen 1001, 1039, 1040, 1041 und 1053 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023.  
Angaben in Prozent.  
Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils-teils/kaum/gar nicht/weiß nicht/keine Angabe.  
Frage: „Wie stark bringen Sie die Europäische Union mit folgenden Dingen in Verbindung?“

## Zusammenfassung

Die vorliegende Studie bestätigt die positive Haltung der Deutschen zur Europäischen Union, die schon frühere Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung gezeigt haben. Im Vergleich mit anderen Institutionen wie die Polizei oder Gerichten ist das Vertrauen in die EU mittel ausgeprägt. Zwischen Dezember 2023 und Juni 2024 hat das Vertrauen in die EU jedoch zugenommen. Am häufigsten vertrauen die Wählerinnen und Wähler der Grünen der EU, am seltensten die Wählerinnen und Wähler von BSW und AfD.

Etwa die Hälfte der Deutschen verbindet die EU mit Frieden und Sicherheit. In den Wählerschaften von BSW und AfD bringt nur eine Minderheit die EU mit Frieden und Sicherheit in Verbindung. Im Langzeitvergleich mit 2018 sind die Assoziationen mit der EU relativ stabil. Einzig Stärke in der Welt wird jetzt seltener mit der EU verbunden als 2018.

Die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU wird als wichtig angesehen. Ein Austritt ist nur für eine kleine Minderheit eine Option. Am größten ist der Wunsch nach einem EU-Austritt in der Wählerschaft der AfD. Zudem äußert eine große Gruppe Schwierigkeiten, die Geschehnisse auf der europäischen Ebene zu verstehen.

Parallel zur gestiegenen Wahlbeteiligung bei der Europawahl haben auch die Einstellungen zugenommen, die die Wahlteilnahme fördern: die Wahlnorm, das Interesse am Wahlausgang und am Wahlkampf, ein wahlfreundliches Umfeld sowie das Wissen über die Ziele der Parteien sind verbreiteter als noch bei der Europawahl 2014. Bekennende Nichtwählerinnen und Nichtwähler stimmen bei diesen Aussagen durchgehend seltener zu als Wählerinnen und Wähler.

Die Wahlentscheidung zur Europawahl 2024 wird durch ähnliche Faktoren geprägt wie die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2021. Hier bestätigt sich die Entwicklung der Europawahl von einer Neben- zur Zwischenwahl. Besonders wichtig für die Wahlentscheidung sind die inhaltlichen Positionen der Parteien, ihre grundsätzliche Haltung zur EU sowie ihre wahrgenommene Problemlösungskompetenz.

Am häufigsten meinen die Wählerinnen und Wähler der Grünen, des BSW und der AfD, die inhaltlichen Positionen dieser Parteien seien für ihre Wahlentscheidung ganz oder eher wichtig gewesen. In der Wählerschaft der AfD ist dieser Anteil im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 um 13 Punkte gestiegen (von 77 Prozent auf 90 Prozent).

Auch die Problemlösungsfähigkeit war für die Wählerschaften der AfD und der Grünen besonders wichtig. In beiden Gruppen hat sich die Bedeutung der Problemlösungskompetenz im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 aber unterschiedlich entwickelt. Während die Fähigkeit, Probleme zu lösen, für die Grünen-Wählerschaft seit 2021 an Bedeutung verloren hat (-13 Punkte), ist sie für die Wählerinnen und Wähler der AfD wichtiger geworden (+10 Punkte). Auch in der Wählerschaft der SPD ist der Anteil gesunken, für den die Problemlösungskompetenz wichtig bei der Wahlentscheidung war (-21 Punkte).

Die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten spielen nach eigener Auskunft der Wählerinnen und Wähler die geringste Rolle bei der Wahlentscheidung. Einzige Ausnahme: Für zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler des BSW war die Spitzenkandidatin ganz oder eher wichtig. Wobei damit nicht der eigentliche Spitzenkandidat, sondern wohl die Parteigründerin assoziiert wurde.

## Literatur

Neu, Viola, 2012: „Dann bleib ich mal weg.“ Der Mythos der „Partei“ der Nichtwähler. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Online unter: <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/-dann-bleib-ich-mal-weg-1> (zuletzt abgerufen am 24.09.2024).

Neu, Viola, 2023: Die europafreundlichen Deutschen. Repräsentative Umfrage zu Einstellungen zu Europa in der deutschen Bevölkerung. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Online unter: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/dieeuropafreundlichen-deutschen> (zuletzt abgerufen am 24.09.2024).

Neu, Viola/Pokorny, Sabine, 2014: Wählen, wählen, immer wieder wählen. Die Bundestagswahl und Europawahl im Vergleich. Forum Empirische Sozialforschung. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Online unter: <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/waehlen-waehlen-immer-wieder-waehlen> (zuletzt abgerufen am 12.09.2024).

Neu, Viola/Pokorny, Sabine, 2024: Landtagswahl in Thüringen am 1. September 2024. Vorläufiges Ergebnis. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/wahlanalyse-der-landtagswahl-in-thueringen-am-1-september-2024> (zuletzt abgerufen am 04.09.2024).

Neu, Viola/Roose, Jochen, 2024: Europawahl in Deutschland am 9. Juni 2024. Vorläufiges Ergebnis. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Online unter: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/analyse-der-europawahl-in-deutschland-am-9-juni-2024> (zuletzt abgerufen am 04.09.2024).

Pokorny, Sabine, 2020a: Einstellungswandel in der Wählerschaft. In: Grünwald, Robert/Busch-Janser, Sandra/Piepenschnieder, Melanie (Hrsg.), Politische Parteien in der modernen Demokratie. Beiträge zur Politischen Bildung. Berlin: LIT Verlag. S. 147-165.

Pokorny, Sabine, 2020b: Regionale Vielfalten 30 Jahre nach der Wiedervereinigung. Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den politischen Einstellungen in Deutschland. Forum Empirische Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Online unter: <https://www.kas.de/de/einblicke/detail/-/content/regionale-vielfalten-30-jahre-nach-der-wiedervereinigung> (zuletzt abgerufen am 24.09.2024).

Pokorny, Sabine, 2022: Wieso, weshalb, warum? Wahlmotive bei der Bundestagswahl 2021. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Forum Empirische Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/wieso-weshalb-warum-wahlmotive-bei-der-bundestagswahl-2021> (zuletzt abgerufen am 16.09.2024).

Roose, Jochen, 2019: Union – Die Europapartei. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zu Werten Europas und europapolitischer Parteikompetenz. Analysen und Argumente Nr. 345. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.v. Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/4521287/Union+%E2%80%93+die+Europapartei.pdf/1b217273-bd96-5430-76a7-0ceaa771afbc?version=1.0&t=1553069704234> (zuletzt abgerufen am 09.09.2024).

Roose, Jochen, 2024a: Begeistert, kritisch, unaufgeregt, resigniert – die Deutschen und Europa. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu europapolitischen Einstellungen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/begeistert-kritisch-unaufgeregt-resigniert-die-deutschen-und-europa> (zuletzt abgerufen am 10.06.2024).

Roose, Jochen, 2024b: Die Stimmung vor der Europawahl 2024. Repräsentative Umfrage zu europapolitischen Einstellungen vor der Europawahl 2024. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/29391852/Die+Stimmung+vor+der+Europawahl.pdf/bd980906-5286-6f9f-1a4c-3e77a7f99aa4?version=1.0&t=1709046124983> (zuletzt abgerufen am 22.08.2024).

Roose, Jochen 2024c: Meine 1. Europawahl. Repräsentative Umfrage zu europapolitischen Einstellungen von Erstwählerinnen und Erstwählern. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/meine-1-europawahl> (zuletzt abgerufen am 10.06.2024).

Roose, Jochen, 2024d: Öfter mal was Neues. Die Wählerschaft der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/oefter-mal-was-neues-die-waehlerschaft-der-neuen-partei-buendnis-sahra-wagenknecht-bsw> (zuletzt abgerufen am 18.07.2024).

---

<sup>1</sup> Teile der Studienbeschreibung finden sich wortgleich oder sehr ähnlich bei Pokorny (2024) und Roose (2024b).

<sup>2</sup> Dezember 2022: 83; Juni 2023: 74; Dezember 2023: 86; Juni 2024: 48

<sup>3</sup> Dezember 2022: 47; Juni 2023: 61; Dezember 2023: 52; Juni 2024: 52

## Impressum

### Die Autorin

**Dr. Sabine Pokorny** studierte Soziologie, Englische und Italienische Philologie an den Universitäten Köln und Florenz. Anschließend war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Methoden der Empirischen Sozialforschung der Freien Universität Berlin. Im September 2011 wechselte sie als Koordinatorin für Empirische Sozialforschung zur Konrad-Adenauer-Stiftung. Seit Januar 2020 arbeitet sie als Referentin für Wahl- und Sozialforschung in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

#### Dr. Sabine Pokorny

Abteilung Wahl- und Sozialforschung  
Hauptabteilung Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3544

[Sabine.Pokorny@kas.de](mailto:Sabine.Pokorny@kas.de)

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2024  
Gestaltung: yellow too Pasiek & Horntrich GbR

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).